



Antrag

der Fraktionen von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, SPD und der Abgeordneten des SSW

Frauenhäuser,-beratungseinrichtungen und Mädchenarbeit sichern und konsequent unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag hält die Arbeit der Frauenberatungseinrichtungen, Frauenhäuser und Mädchenarbeit in Schleswig-Holstein für notwendig und unverzichtbar.

Der Landtag stellt fest, dass Frauenberatungseinrichtungen und Frauenhäuser ein Mindestmaß an personeller, sächlicher und finanzieller Ausstattung benötigen, um Frauen in Notlagen landesweit unterstützen zu können.

Der Landtag bekennt sich dazu, dass es auch in der öffentlichen Verantwortung liegt, dass entsprechende Angebote für Frauen landesweit vorhanden sind und neben Eigenmitteln und Drittmitteln auch vom Land und von den Kommunen Fördermittel bereitgestellt werden.

Um das Fortbestehen der Mädchenarbeit auch zukünftig zu gewährleisten, wird die Landesregierung aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen und dem Landesjugendring ein tragfähiges Konzept für das Weiterbestehen der Mädchentreffs in Schleswig-Holstein zu erarbeiten.

Der Landtag bittet die Landesregierung, ein Konzept vorzulegen, das auch den Fortbestand des Frauenhauses Wedel sichert und praktikable Vorschläge für die Situation in Lübeck sowie in den bisher nicht versorgten Regionen beinhaltet. In diesem Zusammenhang sollen auch Gespräche mit den Norddeutschen Nachbarländern über die Möglichkeiten einer verwaltungsarmen Kostenausgleichsregelung geführt werden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich auf Bundesebene für eine länderübergreifende Lösung einzusetzen, die es ermöglicht, dass allen Frauen, die Opfer von Gewalt werden, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus und ihrer Erwerbssituation vor weiterer Gewalt zu schützen und Hilfe und Beratungsangebote zu gewährleisten.

Begründung:

Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht.

Die letzte Landesregierung hat die finanziellen Mittel für Frauenfacheinrichtungen und Frauenhäuser massiv gekürzt. Das war und ist die völlig falsche Entscheidung und muss zwingend und zum schnellstmöglichen Zeitpunkt rückgängig gemacht werden. Die WählerInnen haben entschieden, dass sie in Schleswig-Holstein einen anderen Politikstil und andere Schwerpunkte wollen. Die Landesparteien Grüne, SPD und SSW haben sich in ihrem Koalitionsvertrag klar zu Gleichstellungspolitik, Frauenförderung und Gewaltschutzarbeit bekannt:

„Zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt werden wir die Beratungsstellen für Frauen und Mädchen sowie die Frauenhäuser sichern und ihre Arbeit konsequent unterstützen. Unser Ziel ist ein bedarfsgerechtes Angebot zu entwickeln, damit keine hilfeschende Frau abgewiesen werden muss. Wir wollen mit den norddeutschen Bundesländern eine faire Ausgleichsregelung für die Unterkunft in Frauenhäusern vereinbaren.“ (Bündnis für den Norden. Neue Horizonte für Schleswig-Holstein. Kapitel VI.4.)

Jetzt müssen die politischen, rechtlichen und organisatorischen Weichen gestellt werden, um die genannten Ziele zeitnah umzusetzen.

Dr. Marret Bohn
und Fraktion

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Flemming Meyer
und die
Abgeordneten des SSW